

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 14.07.2017, Seite 7 / Ausland

Von Knut Mellenthin  
15.07.2017

## Bestochene ohne Bestecher

*Israel untersucht Rüstungsgeschäfte mit Deutschland. Thyssen-Krupp spricht sich selbst frei*



*Ein neues U-Boot für Israel liegt 2014 am Anleger in Kiel*

Foto: Carsten Rehder/dpa

Bei zwei großen Waffengeschäften zwischen dem deutschen Unternehmen Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) und dem Staat Israel sollen Schmiergelder in Millionenhöhe geflossen sind. Seit Montag wurden in Israel mindestens sieben Personen zum Zweck der Vernehmung festgenommen und einige unter Hausarrest gestellt.

Mehreren von ihnen wurde von der ermittelnden Polizeistelle verboten, Kontakt zur TKMS-Zentrale in Deutschland aufzunehmen, um Vertuschungsversuche zu erschweren. Die Anschuldigungen lauten auf Bestechung, Betrug, Geldwäsche und Steuervergehen.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen u. a. der langjährige persönliche Rechtsanwalt von Premier Benjamin Netanjahu, David Schimron, der inzwischen beurlaubte Vertreter von TKMS in Israel, Miki Ganor, Eliezer Marom, Kommandeur der israelischen Kriegsmarine von 2007 bis 2011, und der ehemalige stellvertretende Leiter des Nationalen Sicherheitsrats, Avriel Bar-Josef.

Netanjahu selbst wird in diesem Zusammenhang von Polizei und Justiz offiziell nicht beschuldigt. Es fällt aber auf, dass das Verfahren wegen der verdächtigen TKMS-Geschäfte den Namen »Fall 3000« trägt. Das klingt nach Serie: Unter den Bezeichnungen »Fall 1000« und »Fall 2000« laufen schon seit längerem polizeiliche Ermittlungen gegen den Regierungschef. Im ersten Fall geht es um die Annahme von Geschenken durch Netanjahu und seine Frau. Die zweite Untersuchung beschäftigt sich mit dem Vorwurf, der Premier habe einem Zeitungsverleger ein Gesetz zum Schaden eines Konkurrenzblattes im Tausch gegen eine positive Berichterstattung angeboten.

Gegenstand von »Fall 3000« ist der vereinbarte, aber noch nicht abgewickelte Verkauf von drei U-Booten und vier Patrouillenschiffen durch Thyssen-Krupp an Israel. Beide Geschäfte wurden nach Aussagen des früheren Verteidigungsministers Mosche Ja'alon von Netanjahu an seinem Amt und an den zuständigen Stellen der israelischen Streitkräfte vorbei durchgesetzt, indem der Premier direkt mit der Bundesregierung verhandelte. Die drei zusätzlichen U-Boote sind nach Ansicht Ja'alons, der deswegen im Mai 2016 zurücktrat, überflüssig: Israel besitzt schon fünf dieser deutschen Schiffe, ein sechstes soll 2018 einsatzbereit sein. Für die vier Korvetten hatte Ja'alon eine internationale Ausschreibung angeordnet. Nach seinem Rücktritt ging der Zuschlag plötzlich ohne Ausschreibung an das deutsche Unternehmen, obwohl auch südkoreanische, spanische und italienische Firmen sich um den Auftrag beworben hatten.

Die Bundesregierung verschafft der TKMS regelmäßig große Wettbewerbsvorteile beim Rüstungsexport nach Israel, indem sie einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt. Auch bei dem geplanten Verkauf des siebenten bis neunten U-Boots will Berlin aus der Staatskasse ein Drittel der Gesamtkosten von 1,32 Milliarden Euro zuzahlen. Dieses klassisch protektionistische Geschäftsgebaren wird von deutschen Politikern scheinheilig mit der »besonderen Verantwortung gegenüber Israel« begründet. Israelische Medien

mutmaßen, dass es bei diesen Geschäften nicht zuletzt um Krisenmanagement für das in Schwierigkeiten befindliche deutsche Unternehmen gehe.

Die israelischen Medien verweisen in diesem Zusammenhang auch darauf, dass gegen Thyssen-Krupp schon früher Vorwürfe laut geworden seien, bei Geschäften mit Griechenland, der Türkei, Südkorea, Pakistan und Indonesien Schmiergelder gezahlt zu haben. Statt rechtsstaatlicher Untersuchungen wurde dem Unternehmen bisher gestattet, ohne öffentliche Transparenz gegen sich selbst zu ermitteln. Bezüglich der U-Boot-Verkäufe an Israel meldete TKMS im Februar, es seien bislang keine Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. Anscheinend haben sich nur ein paar Israelis gegenseitig bestochen.